

Initiative gegen das Chipkartensystem
c/o Berliner Büro für Gleiche Rechte
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

**Offener Brief an die Sozialsenatorin
Heidi Knake-Werner**

Berlin, den 25.03.02

Betreff: Auslaufen der Verträge mit der Infracard / SodexhoCard GmbH

Sehr geehrte Frau Knake-Werner,
das Vertragsverhältnis Berlins mit der Firma Infracard / SodexhoCard GmbH läuft zum 31.03.02 aus. Die von dieser Firma angebotenen und verwalteten Chipkarten führen zu einer erkennbaren Störung des sozialen Friedens in Berlin.

Chipkarten bewirken, dass AsylbewerberInnen beim Einkauf sofort als solche erkannt und anschließend manchmal abfällig behandelt werden. Dies motiviert rassistische Menschen vor und hinter der Kasse zu menschenverachtenden Bemerkungen. Es wird ein Klima von Misstrauen, Angst und Gefahr erzeugt.

Eine explizit ausgrenzende Flüchtlingspolitik führt langfristig zu erhöhten Kosten für den Landeshaushalt. Bei Gleichbehandlung aller SozialhilfeempfängerInnen wäre dies der erste Schritt eines nachbarschaftlichen Einlebens in Berlin, was eine spätere wirtschaftliche Selbständigkeit der Haushalte begünstigt.

Die Auswahl der Geschäfte in Berlin, deren Anzahl, Preisklasse und Angebot von der Firma Infracard bestimmt wird, ist nicht akzeptabel. Viele Menschen mit verschiedensten Ernährungs- und Lebensgewohnheiten flüchten nach Berlin. Die Firma Infracard kann für diese besondere Gruppe von SozialhilfeempfängerInnen im Land Berlin kein sozial verträgliches, ausreichendes Angebot realisieren. Kein einziger Niedrigpreisladen in Berlin akzeptiert die Chipkarte. Die insgesamt nur sehr wenigen die Karte akzeptierende Geschäfte sind in aller Regel nur mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen. Kinder wie Erwachsene der betroffenen Haushalte benötigen eine voll vom Land Berlin und vom Sozialamt finanzierte BVG-Monatskarte. Die Chipkarte erhöht den Verwaltungsaufwand bei der Auszahlung der Sozialhilfe und die Kosten für das Land und die Bezirke, zumal auch eine beträchtliche Zahl von Einzelfallprüfungen und ihrer nicht kalkulierbaren Kosten erforderlich werden. Ein kostenloser Zugang zur BVG, für Besuche von Ärzten, Ämtern und Sprachkurse, sowie zur Pflege von sozialen Kontakten, wäre gerecht und dringend notwendig.

Das auf der Chipkarte gespeicherte Guthaben für Kleidung deckt nicht den notwendigen Bedarf, insbesondere für kleine Kinder, die noch im Wachstum sind. Ein Einkauf in viel preiswerteren Second-Hand-Läden ist nicht möglich.

Auch das elektronische System von Infracard ist sehr störanfällig. Oft funktioniert die Abbuchung nicht, der Einkauf ist dann unmöglich, aber auch versehentliche Doppeltabbuchungen oder die Löschung des gesamten Guthabens sind häufig. Dies sind unnötige Probleme, die bei Barzahlungen nicht auftreten würden. Jede technische Störung erhöht die Kosten des Verwaltungsaufwands und bedeutet zusätzliche Wege und Belastung der LeistungsempfängerInnen. Das kann für die Haushalte bedeuten, über Tage nicht die benötigten Lebensmittel oder andere Dinge des täglichen Bedarfs einkaufen zu können. Dies ist ein nicht zur ändernder und deshalb nicht akzeptabler Zustand.

Die zusätzlichen Kosten von ca. 1,4% des Umsatzes, die an die Firma Sodexho abgeführt werden müssen, sowie die noch dazukommenden Kosten für die technische und personelle Ausstattung der Sozialämter für die Ausgabe der Chipkarten könnten für soziale Maßnahmen verwendet werden.

Allein die Existenz des Chipkartensystems bedeutet eine schikanöse Komplizierung für AsylbewerberInnen und Kriegsflüchtlinge im Alltag, sowie der Amtsvorgänge mit den LeistungsempfängerInnen nach AsylbLG. Es widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz zwischen Menschen.

Deshalb fordern wir Sie auf, diese diskriminierende Praxis einzustellen und die Barauszahlung der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz wieder aufzunehmen.

Weiterhin fordern wir Sie auf, die Bezirksämter - soweit diese Chipkarten, Wertgutscheine oder Kostenübernahmescheine ausgeben - anzuweisen, die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz wieder in bar auszahlen.

Schließlich fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, dass - entsprechend der Koalitionsvereinbarung - anstelle von Gemeinschaftsunterkünften die Kosten für selbst gemietete Wohnungen durch ZLA und

Bezirksämter übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative gegen das Chipkartensystem
Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Internationale Liga für Menschenrechte
Komitee zur Unterstützung politischer Gefangener im Iran-Berlin e.V.